Haushaltsrede für den Haushalt 2026 der Gemeinde Senden am 17.03.2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Täger,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
meine sehr geehrten Bürger und Bürgerinnen!

Wir freuen uns, dass insbesondere Sie den Ausführungen zum Haushalt folgen möchten, der ja die wichtigste rechtliche Grundlage und damit gleichzeitig Programm und Legitimation kommunalen Handels für das laufende Jahr darstellt.

Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Herr Täger und Ihrem engagierten Team für die Aufstellung des umfangreichen und überwiegend transparenten Haushaltsplanentwurfs bedanken sowie für die Zeit, die Sie sich für die Beantwortung der aufgekommenen Fragen genommen haben.

Danke dafür, auch wenn letztendlich das Ergebnis **nicht erfreulich** ist:

Wie bereits im vergangenen Jahr liegt uns auch für 2026 ein Haushalt vor, der nur durch einen Griff in die Rücklagen rechnerisch ausgeglichen werden kann. Den geplanten Erträgen von rund 64,1 Millionen Euro stehen deutlich höhere Aufwendungen gegenüber. Die Lücke beträgt rund 3,3 Millionen Euro — eine Situation, die sich bereits 2025 abzeichnete und sich auch 2027 fortsetzen wird.

Noch gravierender ist die Entwicklung der Liquidität:

Die laufenden Verwaltungs- und Investitionsausgaben führen zu einem Finanzierungsfehlbetrag von rund 16,7 Millionen Euro.

Dieser kann nur durch die zum Jahresanfang vorhandenen liquiden Mittel der Vorjahre gedeckt werden. Unsere liquiden Mittel sinken in 2026 von rund 20 Millionen Euro auf etwa 3,2 Millionen Euro — **ein Rückgang um rund 84 Prozent**!

Dies sind finanzpolitisch durchaus bedenkliche Rahmenbedingungen. Diese geben trotz kontinuierlich steigender Gewerbesteuern und bereits beschlossener Erhöhung der Grundsteuer Anlass zu Besorgnis.

Natürlich sehen auch wir die Belastungen durch Bund und Land, insbesondere im Sozialbereich. Diese sollten fair nach dem Verursacherprinzip verteilt werden. Doch wir dürfen uns nichts vormachen: Bund und Land verfügen über sicherlich bessere haushaltsrechtliche Möglichkeiten, das zu verteilende Steueraufkommen zu ihren Gunsten zu verändern. Fatalistisches Klagen über Belastungen durch Dritte,- auch wenn die Kritik inhaltlich mehr als berechtigt ist -, verleitet erfahrungsgemäß dazu, eigene strukturelle Probleme und ein gewisses Maß an Selbstverschulden zu übersehen oder notwendige Entscheidungen aufzuschieben.

In den vergangenen Jahren hat Senden die finanzwirtschaftlichen Engpässe insbesondere durch die Ausweisung von Gewerbegebieten sowie durch den lukrativen Verkauf von Baugrundstücken ausgeglichen. Dieses Modell stößt jedoch an seine Grenzen.
Gleichzeitig wächst die Versuchung, bei steigenden Belastungen an sozialen Leistungen zu sparen, wie dies insbesondere auf Bundesebene von Christ- und Sozialdemokraten vorexerziert wird - ein Weg, den wir als Bündnis 90/Die Grünen entschieden ablehnen.

Doch, meine Damen und Herren, bleiben wir bei den Zahlen:

Das geplante Defizit von rund 3,3 Millionen Euro entspricht jeweils etwa fünf Prozent des Ertrags- bzw. des Aufwandsvolumens. Vor dem Hintergrund anstehender Konsolidierungsgespräche ist man versucht zu sagen „lediglich 5 Prozent"; tatsächlich ist der Handlungsspielraum für eine Konsolidierung jedoch äußerst gering. Ertragssteigerungen in dieser Größenordnung sind kurzfristig unrealistisch, ebenso drastische Aufwandsreduzierungen, da nur ein kleiner Teil des Aufwands überhaupt variabel gestaltbar ist. Der geringe Spielraum erhöht jedoch den Druck auf die Verantwortlichen, Konsolidierung bis hin zu einem ausgeglichenen Haushalt ernsthaft zu verfolgen, denn - um es klar zu formulieren -:

„*Wenn die Haushaltskonsolidierung nicht gelingt, dann ist bald jede politische Gestaltungsmöglichkeit futsch*."

Diese Aussage ist nicht von mir, sondern, was die Kollegen der FDP sicherlich freuen wird, von Wolfgang Kubicki.
Man kann es aber auch wie der emeritierte deutsche Rechtswissenschaftler und langjährige Leiter des Kommunalwissenschaftlichen Institutes der Uni Münster Prof. Dr. Oebekke betrachten und zu dem Schluss kommen, dass

„Die Pflicht zum Haushaltsausgleich allen anderen Pflichten vorgeht, weil auf die Dauer keine Pflicht mehr erfüllt werden kann, wenn der Haushaltsausgleich nicht gelingt."

Besonders kritisch sehen wir in diesem Zusammenhang die Entwicklung bei den Investitionen. Während diese 2024 noch vollständig finanziert werden konnten, fehlten 2025 bereits über sechs Millionen Euro. Für 2026 beträgt die Finanzierungslücke voraussichtlich rund 13,5 Millionen Euro, um die geplanten Investitionen von 27,4 Millionen Euro realisieren zu können.

Gleichzeitig soll die Investitionsquote auch im Jahr 2027 weiter steigen.

Die zentrale Frage lautet daher: Wie soll das noch finanziert werden?

Nicht, dass wir uns falsch verstehen. Investitionen in Infrastruktur sind notwendig; sie sind ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir unterstützen ganz ausdrücklich die Investitionen vor allem im Früherziehungs- und Bildungsbereich ebenso wie im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen. Doch angesichts der finanziellen Lage müssen wir die Sichtweise neu justieren.

Wir halten es für erforderlich, Investitionen zeitlich zu strecken und jede Investition nochmals kritisch zu überprüfen. An dieser Stelle einige Beispiele:

- Das notwendige Pumpwerk im Bürgerpark sollte am alternativ vorgeschlagenen, aber gleichermaßen geeigneten Standort gebaut werden; damit können gegenüber dem beschlossenen Standort 150.000 € an Mehrkosten eingespart werden.

- Wir müssen anfangen, die Standards auf das notwendige Maß zu reduzieren. So wird die Realisierung der notwendigen An- und Umbaumaßnahmen an der Mariengrundschule auf der Grundlage der Bau-Variante II rund 1,55 Mio. Euro an Mehrkosten verursachen, obwohl die Variante I auf der Grundlage des durchgeführten Vergabeverfahrens gut und zielorientiert und damit vollkommen ausreichend ist. Die getroffene Entscheidung mag ggfls. schulpolitisch richtig sein; haushaltspolitisch dagegen ist sie falsch!
- Wir müssen endlich den noch viel zu geringen Anteil an Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen deutlich erhöhen. Der Neubau der Mensa im Schulkomplex zeigt, dass auch alternative Baustoffe zu hervorragenden Ergebnissen führen!
- Gleichzeitig müssen auf dem Gemeindegebiet Flächen auch entsiegelt werden, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Unser Antrag, beim Abpflastern teilzunehmen, soll als Initialzündung verstanden werden, einen kontinuierlichen Entsiegelungsprozess zu installieren.

Stattdessen bauen wir einen Kreisverkehr nach dem anderen, Straßen werden immer breiter, Bushaltestellen überdimensioniert und Bau- und Gewerbegebiete immer größer. Dies führt zu weiteren Versiegelungen auf Kosten von Natur und Umwelt.

Auch Fahrradwege dürfen künftig nicht „blind“ realisiert werden, wenn damit das massive Fällen von Bäumen, das Beseitigen von Hecken und weitere Versiegelung verbunden ist. Da wir dringend eine durchgängige, barrierefreie Radverkehrsinfrastruktur benötigen, müssen wir neue Wege gehen; die bereits bestehende Infrastruktur für die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer neu zu wichten. Ein hervorragender Baustein hierfür ist die geplante Fahrradstraße auf der Münsterstraße, ebenso wie der Abbau von Barrieren, der endlich auch unsere Gemeinde erreicht hat.
Eine weitere Fahrradstraße ist in Bösensell geplant; die in Ottmarsbocholt ist sang-und klanglos aus allen Planungen verschwunden.
Diese Liste kann durchaus noch weiter ausgeführt werden, ich möchte aber zum eigentlichen Thema, des finanziellen Dilemmas zurückkommen:

Um diesem beschriebenen finanziellen Dilemma erfolgreich zu begegnen, bedarf es einer Abkehr vom Grundprinzip der Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete, die bis heute dazu dienen, den finanziellen Engpass auszugleichen.

Die Gemeinde hat bereits mit dem Lagebericht 2024 darauf hingewiesen, dass

- *man sich eine derart über die Jahre hohe Investitionstätigkeit nur leisten kann, wenn auch die entsprechende Liquidität und zwar **oberhalb** bereits gebundener Investitionsmittel vorhanden ist.*
- *die Folgekosten aus der geplanten Investitionstätigkeit den Anteil an Mittelbindungen noch verstärken werden und*
- *Einnahmen aus Grundstücksverkäufen künftig nicht mehr in gleichem Maße zur Haushaltsstabilisierung beitragen können.*

Wir unterstreichen diese Aussagen uneingeschränkt, weil an diesen Feststellungen nun rein gar nichts zu korrigieren ist; ganz im Gegenteil, es wäre extrem hilfreich, wenn sich alle Fraktionen diesen Sachverhalt vor Augen führten.

Die Aussagen dokumentieren, dass sich Senden seit längerem in der bekannt berüchtigten „kommunalen Wachstumsfalle“ befindet. Wachstum erzeugt Einnahmen aber auch neue Kosten für Infrastruktur, Unterhaltung und Energie.

Am Ende wächst nicht nur die Gemeinde, sondern auch die finanzielle Belastung.

Ein Ausweg kann durch die folgenden Maßnahmen gelingen:

- Ausbau vorhandener und Eröffnung neuer gewinnorientierter Geschäftsmodelle
- Reduzierung des Flächenverbrauches
- Konzentration auf Bauverdichtung und ggfls. moderate Arrondierung vorhandener Baugebiete

Aus diesem Grund haben wir den Antrag gestellt, den tatsächlichen Wohnraumbedarf der Gemeinde zu ermitteln, um die künftige Wohnungsbau- und Entwicklungspolitik bedarfsorientiert zu steuern.

Denn die Arrondierung und die ggfls. unvermeidbare Ausweisung neuer moderater Baugebiete sollte sich auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und dringend benötigter Altenpflegeplätze konzentrieren.

Gerade durch eine immer älter werdende Bevölkerung werden wir hier vor einer vermutlich immensen Aufgabe stehen. Die Bewältigung sollte verstärkt durch die Sendener Wohnbaugesellschaft erfolgen; hier haben wir die Möglichkeit, den Wohnraumbedarf gezielt und differenziert zu steuern.

Gewerbegebiete sollten ebenfalls sowohl moderat als auch konsequent ökologisch gestaltet werden. In Bösensell hatten wir bereits einmal einen guten Weg beschritten; leider müssen wir feststellen, dass diese ökologischen und auch bewährten Standards verwaltungsseitig wenig bis keine Beachtung geschenkt werden; dieses zeigen derzeit die Planungen des neuen 10 ha großen Gewerbegebietes in Bösensell.

Wachstum als alleiniger Parameter zur Finanzierung ist abzulehnen und Nachhaltigkeit und Klimaschutz in allen Bereichen in den Vordergrund zu rücken. Daher unterstützen wie alle sich daran orientierenden, neuen Geschäftsmodelle!

So lassen sich langfristig Kosten senken und Lebensqualität sichern.

Leider erkennen wir im vorliegenden Haushaltsentwurf keinen ausreichenden Kurswechsel. Trotz der bekannten Risiken werden Investitionen weiter ausgeweitet und kurzfristige Verpflichtungen erhöht.

Aufgrund der dargestellten finanziellen Sachverhalte und der vorgetragenen Erläuterungen sehen wir uns als Bündnis 90/Die Grünen nicht in der Lage, diesem Haushalt zuzustimmen.

Wenn wir die Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Bürgern und Bürgerinnen erhalten wollen, müssen wir neue Wege gehen. Denn Glaubwürdigkeit ist nicht die Summe an versiegelten Flächen oder laufenden Straßenkilometern.

Glaubwürdigkeit bedeutet auch Risiken und Chancen eines neuen finanzpolitischen Weges einzugehen bzw. zu ergreifen und sie misst sich daran, wie ernst und ob überhaupt wir Verantwortung für kommende Generationen übernehmen wollen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!